

Die Deutschen - zu wenig?

KOPFPRÄMIEN FÜR EMBRYOS

5 hat Familienminister Geißler ausgesetzt. Die dürfen natürlich nicht so, heißen, aus "humanitären" Erwägungen - und sind auch keine; denn dafür, daß das Kinderkriegen sich finanziell lohnt, sorgen sie ja gar nicht.

Zwischen 1.350,- und 3.000,- D-Mark kann die Regierungsstiftung "Mutter und Kind" an Frauen auszahlen, die unerwünschte Kinder austragen. Damit ist keineswegs vorgesehen, daß diese Frauen auf jeden Fall eine finanzielle Unterstützung bekommen. Die christliche Stiftung zur
10 Pflege der deutschen Rasse dient einem höheren Beweisziel: Weil es für unterlassene Abtreibungen ein paar Mark geben könnte, kann es überhaupt keine "soziale Indikation" geben, materielle Gründe also, "Vater Staat" keine Kinder schenken zu wollen.

"Dem Führer Kinder schenken" -

15 diese Zeiten sind bekanntlich vorbei. Die Mutterkreuze wurden abgeschafft. Heute herrschen Freiheit und Demokratie - da können Frauen gar keine bloßen "Gebärmaschinen" sein. Deswegen können sie aber erst recht nicht einfach machen, was sie wollen. Bei soviel Freiheit muß einfach jede anständige deutsche Frau Kinder zur Welt bringen wollen - egal, ob *ih*r *persönlich* der "Kindersegen" paßt oder nicht.

20 Kinderkriegen - eine intime Angelegenheit, die nur die glücklichen Eltern etwas angeht? Wo kämen wir denn da hin?! Bei uns ist die Privatsphäre schließlich staatlich geschützt. Also ist der Staat auch dafür zuständig. Die *Familie* hat er sogar unter seinen besonderen Schutz gestellt. Also ist die Staatsgewalt auch ganz besonders fürs Vorschriftenmachen verantwortlich. Die Produktion der zukünftigen Untertanen ist eine viel zu wichtige Angelegenheit, als daß sie ein ordentlicher
25 Rechtsstaat einfach der Lebensplanung irgendwelcher Privatleute überlassen könnte.

Deshalb ist es nur konsequent, wenn Politiker, die mit dem "geborenen Leben" ihrer Untertanen sehr verschwenderisch kalkulieren, mit dem Paragraphen 218 ihren Anspruch auf jedes "ungeborene Leben" geltend machen.

30 Dieses Gesetz geht erstens davon aus, daß Kinder hierzulande häufig kein Grund zur Freude, sondern ein *Problem* sind. Deswegen befiehlt das Gesetz zweitens unter Androhung von Gefängnisstrafen, daß dieses *Problem nicht z u gelten hat*. So bringt man werdende Mütter in Not.

Wenn dasselbe Gesetz, das die Notlage für die Frauen *schafft*, auch noch gewisse, genau festgelegte *Ausnahmen* definiert, wann ein Schwangerschaftsabbruch erlaubt werden kann - dann hat man das als großzügiges staatliches Entgegenkommen zu sehen und zu würdigen. Damit
35 wurde in der sozialliberalen Ära Politik gemacht. Organisationen wie Pro Familia waren zur Durchsetzung solch "fortschrittlicher" Familienpolitik vorgesehen. Innerhalb der durch den Paragr. 218 geschaffenen Notlage wurde den werdenden Eltern ein bißchen Berechnung zugestanden - ein Interesse, dem Terror eines Haushalts mit Kindern ohne genügend Mittel zu entgehen.

Genau diese Aufgabe haben die Beratungsstellen auch erfüllt. Als "Vermittler" zwischen Frauen in Not und der Rechtslage haben sie sich um die Verwaltung und Regelung der *Ausnahmen* vom generellen Abtreibungsverbot gekümmert. Auf die Erklärung, daß die Hauptaufgabe ihrer Organisation darin besteht, Frauen "in Gewissensnöten" zu helfen, sich zum "Ja zum Kind" durchzuringen, legen die Vertreter von Pro Familia den größten Wert. Sie haben damit einem Paragraphen zu einem "menschlichen Gesicht" und zur Durchsetzung verholfen, dessen Klartext die Männer von der Christen-Union so vorbuchstabieren:

"Das Bundesverfassungsgericht erklärte 1975 eindeutig, daß der Lebensschutz des ungeborenen menschlichen Lebens für die gesamte Zeit der Schwangerschaft Vorrang habe vor dem Selbstbestimmungsrecht der Schwangeren. Nur Umstände erheblichen Gewichts und Konflikte von solcher Schwere, daß von der Schwangeren über ein bestimmtes Maß hinaus Opfer zugunsten des ungeborenen Lebens mit den Mitteln des Strafrechts nicht erzwungen werden können (!!), können einen Schwangerschaftsabbruch rechtfertigen."

Ein klares Wort! Wo selbst *das Gefängnis versagt*, fängt das Reich der Freiheit an, die ein christlicher Moralathlet vom Schlage Heiner Geißlers einer werdenden Mutter zugestehen will.

Pro Familia hat diesen Zwang als Vergünstigung verkauft; das paßt dem Minister nicht. Dieser Art von Beratung will er die staatlichen Geldhähne zudrehen. *Dafür* wurde die Stiftung ‚Mutter und Kind‘ geschaffen. Jede noch so familienfreundliche Rücksichtnahme auf die Lebensumstände der betroffenen Frauen ist diesem Staatsmann der Wende ein Greuel. Wenn in unserer freiheitlichen Demokratie einer bestimmt, wann wieviele Kinder nötig sind, dann sitzt er in der Regierung. Einen Grund, auf die Geburt eines neuen Staatsbürgers zu verzichten, kennen Politiker vom Schlage eines Heiner Geißlers schon: Voraussehbare ‚Mißgeburten‘.

‚Mißgeburten‘

müssen nicht ausgetragen werden. Dieselben Herren, die sonst bei jeder Gelegenheit mit farbigen Glanzfotos von Embryos winken und Reden über den unantastbaren, gottgewollten Wert jeder Eizelle halten, wissen ganz genau, wo für sie der Wert menschlichen Lebens beginnt. Mit Verlaub, Herr Geißler, wo steht das denn geschrieben, daß ein Krüppel keine Seele hat, Sie Christ, Sie! Aber aus der katholischen Morallehre werden Sie Ihr Unterscheidungsmerkmal auch nicht haben. Viel eher schon von einem anderen deutschen Staatsmann, der auch viel über "unwertes Leben" wußte. Denn nützlich muß das Untertanenvolk sein. Leute, die von Natur aus dem Staat nichts nutzen und nur Kosten bereiten, will sich ein Staat, der Großes mit seinem Volk vorhat, nicht leisten. Die dürfen großzügigerweise weiterhin abgetrieben werden.

Man kann das ganze Problem natürlich auch anders sehen: Es gibt viel zu wenig Deutsche und viel zu viele Menschen. Siehe nebenan!

Hans Heigert im Leitartikel der Süddeutschen Zeitung vom 16.7.84

“Die medizinische Photographie hat ans Licht gebracht, was andere Wissenschaften vorher konstatiert hatten, daß nämlich ein neuer, anderer, eigener Mensch schon kurz nach der Nidation erkennbar ist. Der elende Spruch ‚mein Bauch gehört mir‘ ist damit naturwissenschaftlich widerlegt worden.”

Dümmer geht’s kaum noch: Den Embryo, der abgetrieben werden soll, *gibt* es tatsächlich! Und was ist damit streng “naturwissenschaftlich” bewiesen? - Die Bäuche stecken voller Paragraphen und gehören ganz und gar Kohl, Geißler und Co.

Familienminister Heiner Geißler:

“Wenn schon private Unannehmlichkeiten ausreichen, Kinder zu töten, darf man sich über keine wie immer geartete Grausamkeit dieser Welt wundern.”

Im Klartext:

Wenn es schon das alleinige Recht des Staates ist, über Leben und Tod zu entscheiden, wenn die legitimen Staatsinteressen es schon erforderlich machen, daß die Herren in Bonn sich eine Armee mit modernstem Tötungsgerät halten und ihrem Volk eine private Unannehmlichkeit nach der anderen bescheren,

wenn schon “unsere” freiheitlichen NATO-Interessen jede wie immer geartete Grausamkeit in aller Welt rechtfertigen,

- dann haben sich die Untertanen auch gefälligst bedingungslos als Material dafür zur Verfügung zu stellen.

Der bayerische Kultusminister Hans Maier auf dem Katholikentag:

“Ich wünsche mir, daß die Tötung ungeborener Menschenkinder in diesem Lande genauso viel Emotionen auslöst wie die Tötung von Robbenbabies im fernen Kanada.”

Konsequent gedacht, Herr Kultusminister, deshalb rennen Sie mit Ihrer Aufforderung vermutlich offene Türen ein. Wer nämlich, wenn’s ums Töten geht, so hartnäckig in den Kategorien von *Schuld und Unschuld des Opfers* denkt, daß ihm das Schlachten von Tierbabies die Tränen in die Augen treibt, dem wird zum Thema ‚Abtreibung‘ garantiert auch einfallen, daß der Embryo nichts dafür kann.

Bei weniger niedlichem Viehzeug und ausgewachsenen Menschen sieht die Sache selbstverständlich anders aus.